

# Die Festungsmauern der Politik

Seit fünf Jahren streiten Opfer eines Impfskandales erfolglos für Entschädigungen

Von Markus Neumann

Wer in der Bundesrepublik Deutschland zu seinem Recht kommen will, braucht die Ausdauer eines Marathonläufers und die Kraft eines Sumo-Ringers. Doch auch denjenigen, denen diese Eigenschaften gegeben sind, ist der Erfolg keineswegs garantiert. Die 7000 Frauen, die in den 70er Jahren in DDR-Krankenhäusern mit einem Hepatitis-C-verseuchten Blutpräparat geimpft wurden und schwer erkrankten, streiten nun seit fünf Jahren für angemessene Entschädigungen und sind dennoch ihrem Ziel kaum näher gerückt.

Erst haben sie Selbsthilfegruppen gegründet, dann zwei Verbände, die ihre Interessen vertreten. Sie haben Rechtsgutachten eingeholt und sich mit Medizinern auseinandergesetzt. Sie haben mehrfach demonstriert, ihre Probleme in zahllosen Interviews öffentlich gemacht und ihre Forderungen jedem Politiker vorgetragen, der ihnen ein paar Minuten opferte. Doch sie prallten immer wieder ab von den Festungsmauern der deutschen Bürokratie und Politik, die sich zwar gern als human und gerecht präsentiert, aber eben nur solange es nichts kostet.

Die Hepatitis-C-infizierten Frauen sind Opfer einer Straftat.

Zwei Mediziner in Halle brachten vor 20 Jahren einen Impfstoff in den Umlauf, obwohl sie wußten, daß das Präparat mit Viren verseucht war. Der Impfskandal wurde von den DDR-Behörden geheimgehalten, die Betroffenen im Ungewissen gelassen. Erst nach der Wende konnten sie die Hintergründe ihrer Erkrankung recherchieren.

Hepatitis C (HCV) ist eine Krankheit, über die die Wissenschaft noch nicht viel weiß. In mehr als 50 Prozent der Fälle führt sie zu unheilbaren Lebererkrankungen, die in Zirrhosen oder Krebs gipfeln können. Typische Symptome sind Müdigkeit, Fieber, Juckreize, Gelenkschmerzen und Schmerzen im Oberbauch.

Viele der Frauen klagen, sie fühlen sich den Belastungen ihrer Arbeit nicht mehr gewachsen. Doch wer kürzer treten will, muß erhebliche finanzielle Einbußen hinnehmen, weil die Politik nach wie vor keine Ausgleichsregelung geschaffen hat. Opfern, denen die örtlichen Versorgungsämter eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 Prozent bescheinigen, erhalten lediglich eine Rente von monatlich 184 Mark. Doch selbst dieser Betrag wird nicht wenigen Frauen verwehrt. Denn die Folgen einer Hepatitis-C-Erkrankung werden von manchen Behörden und auch von

Politikern in Frage gestellt und damit verharmlost.

Man kann juristisch darüber streiten, ob die heutige Bundesrepublik für einen Schaden aufkommen muß, der in der DDR von Mitarbeitern eines staatlichen Instituts verursacht worden ist. Moralisch und politisch steht die Regierung aber in der Pflicht. Die Gesundheitsministerkonferenz der Länder hat den Bundesminister Horst Seehofer (CSU) 1996 aufgefordert, eine Entschädigungsregelung auszuarbeiten. Seehofer legte aber keine vor, sondern verlangte zunächst die Zusage der Länder, sich an den Kosten zu beteiligen. Doch außer dem Freistaat Sachsen, sagte keiner Unterstützung zu. Und so schieben Bund und Länder den Schwarzen Peter hin und her.

Erst Opfer einer Straftat in einem Unrechtsstaat und jetzt Opfer der Politik – das scheint das Los der Frauen zu sein. Sie können offenbar nur noch auf einen Regierungswechsel hoffen. Der Gesundheitspolitiker Horst Schmidbauer (SPD) hat von der Bundesregierung mehrfach eine Lösung verlangt. Bonn stehe in der politischen Verantwortung, so Schmidbauer. Sollte die SPD die Bundestagswahl gewinnen, wird sich zeigen, ob er mit dem Schicksal der Frauen nur Politik gemacht hat.

23. 4. 98 FP